

Tagesordnung der nächsten Sitzung

Der Präsident weist darauf hin, daß für die nächste Sitzung, morgen, Donnerstag, 20. Februar 1975, die folgende Tagesordnung festgelegt wurde:

10.00 Uhr und 15.00 Uhr:

— Gemeinsame Aussprache über

- die mündliche Anfrage der Sozialistischen Fraktion an den Rat über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten,
- die mündliche Anfrage der Sozialistischen Fraktion an die Kommission über das gleiche Thema,
- die mündliche Anfrage von Herrn Cousté an die Kommission über das gleiche Thema;

- Entschließungsantrag zum gegenwärtigen Stand der Energiepolitik;
- Bericht von Herrn Vandewiele über die Mitteilung der Kommission bezüglich des Energiesektors;
- Erklärung von Herrn Lardinois über die Ergebnisse der letzten Tagung des Rates der Agrarminister;
- Bericht von Herrn Liogier über die Aufteilung der Mittel des EAGFL;
- mündliche Anfrage mit Aussprache über eine Verordnung über Schaffleisch;
- Bericht von Herrn Cipolla über die gemeinsame Marktorganisation für Reis;
- Bericht von Herrn Sandri über die Elfte Jahrestagung der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation EWG—AASM.

Die Sitzung wird um 0.45 Uhr geschlossen.

H. R. NORD
Generalsekretär

Cornelis BERKHOUWER
Präsident

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM DONNERSTAG, 20. FEBRUAR 1975

VORSITZ: CORNELIS BERKHOUWER
Präsident

Die Sitzung wird um 10.15 Uhr eröffnet.

Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

Mündliche Anfragen mit Aussprache: Abstimmung der UNO über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten

Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über drei mündliche Anfragen.

Herr Glinne erläutert die von ihm selbst und den Herren Dondelinger, Cifarelli, Broeks, Seefeld und Leenhardt im Namen der Sozialistischen Fraktion an den Rat der Europäischen Gemeinschaften gerichtete

mündliche Anfrage mit Aussprache über das Bedauern über das Fehlen einer gemeinschaftlichen Position bei der Abstimmung der Vereinten Nationen über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (Dok. 443/74) sowie die von den gleichen Verfassern im Namen der Sozialistischen Fraktion an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über das gleiche Thema (Dok. 444/74).

Die von Herrn Cousté im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (Dok. 476/74) wird ebenfalls im Rahmen dieser Aussprache geprüft.

Herr Fitzgerald, *amtierender Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die an den Rat gerichtete Anfrage. Sir Christopher Soames, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die beiden an die Kommission gerichteten Anfragen.

Es sprechen Lord Reay im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, Herr Fitzgerald und Herr Glinne.

Der Präsident erklärt die Aussprache über die drei mündlichen Anfragen für geschlossen.

Änderung der Tagesordnung

Da das für Fragen der Energiepolitik zuständige Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften noch nicht anwesend ist, beschließt das Parlament, vor dem Entschließungsantrag zum Stand der Energiepolitik zuerst den Bericht von Herrn Vandewiele zu prüfen.

Mitteilung der Kommission: „Energie für Europa: Forschung und Entwicklung“

Herr Marcel Vandewiele legt seinen im Namen des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie ausgearbeiteten Bericht über die Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat (Dok. 314/74): „Energie für Europa: Forschung und Entwicklung“ (Dok. 447/74) vor.

Es sprechen die Herren Leonardi im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden, Brunner, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, Hougardy im Namen der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden, Flämig im Namen der Sozialistischen Fraktion und Brunner.

Das Parlament nimmt die folgende Entschließung an:

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat: „Energie für Europa: Forschung und Entwicklung“

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat (SEK (74) 2592 endg.),
- vom Rat konsultiert (Dok. 314/74),
- in Kenntnis des Berichtes des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie und der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Dok. 447/74),
- unter Berufung auf seine früheren Entschlüsse zur Sicherung der Energieversorgung und zur Förderung der gemeinschaftlichen Forschung, besonders
 - über die notwendigen Fortschritte in der Gemeinschaftsforschung mit der Stellungnahme zu dem Vorschlag der Kommission an den Rat für ein Aktionsprogramm für die Politik im wissenschaftlich-technologischen Bereich⁽¹⁾,
 - die Stellungnahme zur Mitteilung und den Vorschlägen der Kommission an den Rat zu einer neuen energiepolitischen Strategie für die Gemeinschaft⁽²⁾,

1. ist der Ansicht, daß das Problem der Deckung der Energielücke insbesondere infolge der Tatsache, daß die vorgesehene Entwicklung der Kernkraftkapazität nicht weit genug fortgeschritten sein wird, 1985 nicht gelöst sein wird, und daß dem bei einer Forschungs- und Entwicklungspolitik im Energiebereich Rechnung getragen werden muß;

2. ist ferner der Ansicht, daß die vorgeschlagene Strategie für Forschung und Entwicklung im Energiebereich nicht als feststehende Größe anzusehen, sondern den sich verändernden Gegebenheiten und Erkenntnissen entsprechend zu entwickeln ist;

3. billigt die Mitteilung der Kommission, sofern die hierin geplanten Aktionen von der Kommission in einer Rangfolge geordnet werden, die der Bedeutung entspricht, die sie für die Sicherung der Energieversorgung in der Gemeinschaft haben; dabei ist der Forschung zum Abbau fossiler Brennstoffe eine Priorität ersten Ranges zu gewähren;

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 108 vom 10. 12. 1973, S. 58.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 93 vom 7. 8. 1974, S. 79.

4. fordert die Kommission auf, objektive Kriterien festzulegen, die bei der Beurteilung der Priorität, die den verschiedenen Sektoren gewährt werden muß, Anwendung finden müssen;
5. fordert die Kommission ferner auf, durch eine sachliche Information über die Sicherheit der Kernkraftwerke zu einem Klima des Vertrauens beizutragen, das es gestattet, bestimmte ungünstige Gegenaktionen in positiver Weise zu beantworten;
6. fordert die Kommission schließlich auf, im Zusammenhang mit den Forschungs- und Entwicklungspraktiken zur Energieeinsparung das Bewußtsein der Öffentlichkeit zur Sparsamkeit im Energieverbrauch zu wecken und zu stärken;
7. ersucht den Rat, darüber zu wachen, daß die Mitgliedstaaten die von ihnen ausgeführte Forschung im Energiebereich einer gemeinsamen Koordinierung unterstellen;
8. hält die Nutzung vorhandener gemeinschaftlicher Strukturen zur Organisation, Verwaltung und Entwicklung der genannten Aktionen für unumgänglich;
9. fordert den Rat auf, eine eventuell hierfür zu schaffende Körperschaft im gleichen Maße der Befugnis der Kommission zu unterstellen, wie das hinsichtlich der Gemeinsamen Forschungsstelle nach den Verträgen der Fall ist; Drittländer, so wünschenswert deren Teilnahme auch sein mag, können nur bei Anerkennung dieser Rechtslage zur Mitarbeit zugelassen werden;
10. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung und den Ausschußbericht dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln.

Gegenwärtiger Stand der Energiepolitik der Gemeinschaft

Herr Springorum erläutert seinen im Namen des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie eingereichten EntschlieÙungsantrag zum gegenwärtigen Stand der Energiepolitik der Gemeinschaft (Dok. 488/74).

VORSITZ: CHARLES B. McDONALD

Vizepräsident

Es sprechen die Herren Noè im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion, Flämig im Namen der Sozialistischen Fraktion, Hougardy im Namen der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden, Norman-ton im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, Leonardi im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden und Simonet, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*.

Das Parlament stimmt nun über die einzelnen Teile des EntschlieÙungsantrags ab.

Es nimmt zunächst die Präambel und die Ziffern 1 bis 3 an.

Zu Ziffer 4 hat Herr Andreotti im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion den Änderungsantrag Nr. 1 eingereicht, den Herr Noè nun begründet.

Herr Springorum ergreift das Wort.

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird angenommen.

Das Parlament nimmt die Ziffer 4 mit dem geänderten Wortlaut an.

Zu Ziffer 5 wurden drei Änderungsanträge eingereicht, und zwar

- der Änderungsantrag Nr. 2 von Herrn Andreotti im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion,
- der Änderungsantrag Nr. 3 von Lord Bessborough und den Herren Jakobsen und Norman-ton im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion,
- der Änderungsantrag Nr. 4 von Herr Schmidt im Namen der Sozialistischen Fraktion; diesem Änderungsantrag zufolge soll die Ziffer 5 gestrichen werden.

Herr Schmidt begründet den Änderungsantrag Nr. 4, Lord Bessborough den Änderungsantrag Nr. 3, Herr Noè den Änderungsantrag Nr. 2.

Herr Springorum ergreift das Wort.

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird angenommen.

Herr Romualdi gibt eine Erklärung zur Abstimmung ab.

Das Parlament nimmt die Ziffer 5 mit dem geänderten Wortlaut und danach die Ziffern 6 und 7 an.

Der Änderungsantrag Nr. 4 wird abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 3 wird angenommen.

Das Parlament nimmt die folgende Entschliessung an:

ENTSCHLIESSUNG

zum gegenwärtigen Stand der Energiepolitik der Gemeinschaft

Das Europäische Parlament,

— in Kenntnis der Ergebnisse der Sitzung des Rates der Außenminister vom 20. und 21. Januar 1975 im Bereich der Energiepolitik,

1. ist bestürzt über die Ergebnisse dieser Ratstagung;
2. hat seit Jahren immer wieder deutlich gemacht, wie lebenswichtig für die Erreichung der Vertragsziele eine gemeinschaftliche Energiepolitik ist; seit Ausbruch der Weltenergiekrise ist ihre Verwirklichung sogar eine notwendige Grundlage jeder Gemeinschaftspolitik geworden;
3. hat in der vergangenen Zeit den intensiven Einsatz der Kommission für eine gemeinsame Energiepolitik begrüßt und immer wieder bedauert, daß diese Politik vom Rat abgelehnt bzw. verwässert wurde;
4. muß mit größter Sorge feststellen, daß die Regierungen bestimmter Mitgliedstaaten den Willen zu einer gemeinsamen Energiepolitik aufgegeben zu haben scheinen und damit ihre eigene Haltung hinsichtlich der Europäischen Union stark schwächen;
5. ist der Ansicht, daß sich das Parlament gezwungen sehen könnte, seine Mitarbeit im Rahmen des Konsultationsverfahrens im Energiebereich einzustellen, wenn der Rat die auf den Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Kopenhagen vom 14. bis 15. Dezember 1973 und in Paris vom 9. und 10. Dezember 1974 oder auch inzwischen im Rahmen internationaler Initiativen im energiepolitischen Bereich gefaßten Beschlüsse nicht in die Wirklichkeit umsetzt;
6. stellt vor den Völkern der Mitgliedstaaten, von denen sein Mandat herrührt, fest, daß die Regierungen bestimmter Mitgliedstaaten und der Rat nicht bereit sind, das für eine gesicherte Zukunft der Gemeinschaft wie der Mitgliedstaaten unbedingt Erforderliche zu tun;
7. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliessung dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Die Sitzung wird um 13.15 Uhr unterbrochen und um 15.05 Uhr wieder aufgenommen.

VORSITZ: LUCIEN MARTENS

Vizepräsident

Vorlage eines Entschließungsantrags und Überweisung an einen Ausschuß

Der Präsident teilt mit, daß er von Frau Goutmann und Herrn Marras im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden einen Entschließungsantrag zur Anpassung des sozialpolitischen Aktionsprogramms (Dok. 506/74) erhalten hat.

Dieser Entschließungsantrag wird an den Ausschuß für soziale Angelegenheiten und Arbeitsfragen als federführenden und den Ausschuß für Wirtschaft und Währung als mitberatenden Ausschuß überwiesen.

Erklärung über die Ergebnisse der letzten Tagung des Rates der Landwirtschaftsminister

Herr Lardinois, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, gibt eine Erklärung zu den

Ergebnissen der letzten Tagung des Rates der Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft ab.

Es sprechen die Herren Houdet, Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses, Frehsee, Scott-Hopkins, Brugger, Howell, Früh, Hunault, Liogier, Della Briotta, Cipolla.

Herr Lardinois beantwortet die von den verschiedenen Rednern gestellten Fragen.

Verordnung über die Aufteilung der Mittel des EAGFL, Abteilung Ausrichtung, für 1974 und über bestimmte Fristen für 1974 und 1975

Herr Albert Liogier legt seinen im Namen des Landwirtschaftsausschusses ausgearbeiteten Bericht über den Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat (Dok. 317/74) für eine Verordnung über die Aufteilung der Mittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, für das Jahr 1974 und 1975 (Dok. 373/74 rev.) vor.

Herr Lardinois, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, ergreift das Wort.

Das Parlament nimmt die folgende Entschließung an:

ENTSCHLIESSUNG

mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Verordnung über die Aufteilung der Mittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, für das Jahr 1974 und über bestimmte Fristen für 1974 und 1975

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat⁽¹⁾,
- vom Rat gemäß Artikel 43 des EWG-Vertrags konsultiert (Dok. 317/74),
- in Kenntnis des Berichtes des Landwirtschaftsausschusses und der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (Dok. 373/74 rev.),

1. billigt grundsätzlich den Vorschlag der Kommission;
2. bedauert erneut die Verzögerungen, die bei den von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu treffenden Entscheidungen über die Anträge auf Zuschüsse aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, eingetreten sind, und bedauert die dadurch verursachten Nachteile für die Landwirtschaft der Gemeinschaft;
3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung und den Ausschußbericht dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 134 vom 31. 10. 1974, S. 25.

Mündliche Anfrage mit Aussprache: Verordnung über Schafffleisch

Herr Scott-Hopkins erläutert seine im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über eine Verordnung über Schafffleisch (Dok. 446/74).

Herr Lardinois, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage.

Es sprechen die Herren Kavanagh im Namen der Sozialistischen Fraktion und Hunault im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt.

Der Präsident erklärt die Aussprache über die mündliche Anfrage für geschlossen.

Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Reis

Nach der Tagesordnung folgt der im Namen des Landwirtschaftsausschusses ausgearbeitete Bericht

über den Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat (Dok. 390/74) für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung Nr. 359/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (Dok. 493/74).

Der Berichterstatter, Herr Cipolla, ergreift das Wort.

Der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Herr Houdet, stellt fest, daß Herr Cipolla in seinen Ausführungen lediglich seine persönliche Ansicht zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft dargelegt hat. Er erklärt, daß der Landwirtschaftsausschuß den Vorschlag der Kommission mit 12 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gebilligt hat.

Es sprechen die Herren Liogier im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt, Lardinois, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, und Cipolla.

Das Parlament nimmt die folgende Entschließung an:

ENTSCHLIESSUNG

mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung Nr. 359/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Reis

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat⁽¹⁾,
- vom Rat gemäß Artikel 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags konsultiert (Dok. 390/74),
- in Kenntnis des Berichtes des Landwirtschaftsausschusses und der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (Dok. 493/74),
- auf Grund folgender Erwägungen:
 - Ab Anfang des Jahres 1973 zeichnete sich bei den Weltmarktpreisen einiger Getreidearten, insbesondere Reis, eine stark steigende Tendenz ab und deshalb wurde in der Gemeinschaft die „Mangel“-Regelung angewandt und wurden bei der Ausfuhr Abschöpfungen nach dem Ausschreibungssystem erhoben.
 - Diese Tendenz hat sich nach und nach teilweise so weit umgekehrt, daß seit kurzem die Weltmarktpreise unter den gemeinschaftlichen Schwellenpreisen liegen und darum für einige Reisarten die Ausfuhrerstattungen wieder eingeführt wurden.
 - Die Kommission beabsichtigt mit diesem Vorschlag, entsprechend dem Vorgehen bei Getreide, wo der Vorschlag vom Parlament unverzüglich behandelt wurde, eine wichtige Änderung der Grundverordnungen.
 - Bei Getreide wurde durch eine Verordnung des Rates, die keine Anhörung des Europäischen Parlaments erfordert, die Ausfuhrregelung vervollständigt, indem man insbesondere festlegte, daß die Festsetzung des

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 158 vom 17. 12. 1974, S. 16.

Erstattungsbetrags im Wege der Ausschreibung erfolgen kann, und für den Reis soll eine entsprechende Änderung nach dem gleichen Verfahren erfolgen, so daß die Erstattung in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht mehr wie bisher automatisch gewährt würde —

1. billigt den Vorschlag der Kommission;
2. ist jedoch der Ansicht, daß der gesamte Bereich der Regelung des Warenverkehrs mit Drittländern in der Weise revidiert werden muß, daß er einheitlich wird, die Interessen der Verbraucher und der Erzeuger gewahrt werden und somit alle Exporteure der Gemeinschaft, große wie kleine, tatsächlich gleichgestellt werden;
3. fordert deshalb die Kommission auf, zweckdienliche Angaben mit dem Ziel vorzulegen, dem Europäischen Parlament eine Gesamtbewertung neuer Mechanismen zu ermöglichen, die geeignet sind, den Markt des gesamten Getreidesektors mit einer der neuen Situation angepaßten Regelung auszustatten;
4. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung und den Ausschußbericht dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln.

Elfte Jahrestagung der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation EWG—AASM

Herr Deschamps legt in Vertretung des Berichterstatters den von Herrn Renato Sandri im Namen des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit ausgearbeiteten Bericht über die Ergebnisse der Elften Jahrestagung der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation EWG—AASM (Abidjan, 27.—29. Januar 1975) — (Dok. 498/74) vor.

Es sprechen Herr Seefeld im Namen der Sozialistischen Fraktion, Lord Reay im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, die Herren Deschamps im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion und Brunner, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*.

Das Parlament nimmt die folgende EntschlieÙung an:

ENTSCHLIESSUNG

zu den Ergebnissen der Elften Jahrestagung der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation EWG—AASM (Abidjan, 27.—29. Januar 1975)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf seine EntschlieÙungen vom 20. Januar 1965⁽¹⁾, 11. März 1966⁽²⁾, 15. März 1967⁽³⁾, 22. Januar 1968⁽⁴⁾, 4. März 1969⁽⁵⁾, 12. März 1970⁽⁶⁾, 17. Mai 1971⁽⁷⁾, 17. März 1972⁽⁸⁾, 6. Juni 1973⁽⁹⁾ und 15. März 1974⁽¹⁰⁾,

— in Kenntnis des Berichtes des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit (Dok. 498/74),

⁽¹⁾ ABl. Nr. 20 vom 6. 2. 1965, S. 281/65.

⁽²⁾ ABl. Nr. 53 vom 24. 3. 1966, S. 778/66.

⁽³⁾ ABl. Nr. 63 vom 3. 4. 1967, S. 975/67.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. C 10 vom 14. 2. 1968, S. 5.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. C 41 vom 1. 4. 1969, S. 5.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. C 40 vom 3. 4. 1970, S. 43.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. C 35 vom 3. 6. 1971, S. 5.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. C 36 vom 12. 4. 1972, S. 42.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. C 49 vom 28. 6. 1973, S. 25.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. C 40 vom 8. 4. 1974, S. 62.

1. macht sich die Schlußfolgerungen zu eigen, zu denen die Parlamentarische Konferenz der Assoziation EWG—AASM in den am 29. Januar 1975 angenommenen Entschlüssen sowie in der Erklärung und der Empfehlung gelangt ist, die am gleichen Tag gebilligt wurden;
2. betont, daß der Zehnte Jährliche Tätigkeitsbericht des Assoziationsrats zeigt, daß das Funktionieren der Assoziation EWG—AASM tatsächlich eine Verstärkung der handelspolitischen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit zwischen den Partnern gemäß den im Zweiten Abkommen von Jaunde festgelegten Zielen ermöglicht hat;
3. nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Vertreter der EWG und der AKP-Länder nach dem feierlichen Appell, den die Parlamentarische Konferenz in Abidjan an sie gerichtet hat, dank eines echten politischen Willens, zu einem für alle Parteien gerechten Abkommen zu gelangen, ihre Verhandlungen tatsächlich abgeschlossen haben;
4. stellt fest, daß — bei der derzeitigen internationalen Lage, die durch die Konfrontation gekennzeichnet ist — die EWG ihren künftigen Partnern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean eine äußerst umfassende Zusammenarbeit vorschlägt, die insbesondere auf dem Anspruch auf einen gerechteren Erlös aus den Rohstoffpreisen und dessen Gewährleistung beruht;
5. ist der Ansicht, daß die paritätischen Institutionen der derzeitigen Assoziation und vor allem die Parlamentarische Konferenz und ihr Paritätischer Ausschuß ein Beispiel für die Überwindung des Geistes des Kolonialismus waren, und wünscht, daß diese Institutionen als Unterpfand einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Geiste der Solidarität und der Gleichheit zwischen allen Partnern fortbestehen;
6. wünscht, daß die in dem künftigen Abkommen vorgesehene industrielle Zusammenarbeit im Rahmen einer Konzertierung mit den Vertretern der verschiedenen sozio-professionellen Kategorien der EWG und der AKP-Länder erfolgt und somit eine bessere internationale Arbeitsteilung ermöglicht, der alle Betroffenen in Freiheit zustimmen;
7. begrüßt schließlich das ausgezeichnete Klima, in dem die Arbeiten der Konferenz stattfanden und das freimütige und konstruktive Beratungen in Anwesenheit von Beobachtern aus assoziationsfähigen Ländern ermöglichte, die selbst sehen konnten, daß für alle Probleme zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern Aufgeschlossenheit besteht;
8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschlüsselung und den Ausschußbericht dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie zur Information den Präsidenten der Parlamente der assoziierten afrikanischen Staaten, Madagaskars und von Mauritius und ferner den Mitgliedern der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation zu übermitteln.

Tagesordnung der nächsten Sitzung

Der Präsident weist darauf hin, daß für die nächste Sitzung morgen, Freitag, 21. Februar 1975, die folgende Tagesordnung festgelegt wurde:

9.30 Uhr bis 12.00 Uhr:

- Bericht von Herrn Howell über die Marktorganisation für Eier und für Geflügelfleisch;
- Bericht von Herrn Laban über die Marktorganisation für Schweinefleisch;
- Bericht von Herrn Notenboom über Steuerbefreiungen für Waren in Kleinsendung aus Drittländern;
- Zwischenbericht von Lord Mansfield über die Wahrung der Rechte der Bürger im Hinblick auf die automatische Datenverarbeitung;

- Bericht von Herrn Walkhoff über bestimmte gefährliche Stoffe und Zubereitungen;
- Bericht von Herrn Jahn über die Rettung der Zugvögel;
- Bericht von Herrn Seefeld über die Lieferung von Zucker an das UNRWA im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe;
- Bericht von Herrn Seefeld über die Nahrungsmittelhilfe für Somalia.

Die Sitzung wird um 18.15 Uhr geschlossen.

H. R. NORD
Generalsekretär

Frankie HANSEN
Vizepräsident

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM FREITAG, 21. FEBRUAR 1975

VORSITZ: FRANKIE HANSEN
Vizepräsident

Dieses Dokument wird an den Ausschuß für Volksgesundheit und Umweltfragen überwiesen.

Die Sitzung wird um 9.35 Uhr eröffnet.

Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

Herr Jahn ergreift das Wort zu einer Verfahrensfrage.

Vorlage eines Dokuments

Der Präsident teilt mit, daß er vom Rat der Europäischen Gemeinschaften einen Antrag auf Stellungnahme zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Richtlinie betreffend die Verschmutzung der für Badezwecke bestimmten Meeresgewässer, Flüsse und Seen (Qualitätsanforderungen) — (Dok. 507/74) erhalten hat.

Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Eier — Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch

Nach der Tagesordnung folgt der von Herrn Ralph Howell im Namen des Landwirtschaftsausschusses ausgearbeitete Bericht über die Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat (Dok. 372/74) für

- I. eine Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Eier
- II. eine Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch

(Dok. 468/74).

Das Parlament nimmt ohne Aussprache die folgende EntschlieÙung an:

ENTSCHLIESSUNG

mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu den Vorschlägen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für

- I. eine Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation für Eier;
- II. eine Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch

Das Europäische Parlament,

— in Kenntnis der Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat⁽¹⁾,

(1) ABl. Nr. C 156 vom 10. 12. 1974, S. 31 und 38.